

I. Das lippische Landesvermögen bis 1945

Land und Landesvermögen bis 1868

Erheblich später als in anderen deutschen Ländern gelang in Lippe erst 1868 eine Vereinbarung zwischen Fürst und Landständen – den Vertretern des Adels in Lippe und der Städte – über die Trennung von Staats- und Domonialhaushalt. Das heißt nicht, daß man erst mit jahrzehntelanger Verspätung auf dieses Problem aufmerksam geworden wäre. Nur hatten die Verhandlungen rund dreißig Jahre gedauert, bis dieses Ergebnis zustandegekommen war.

Nach fast drei Jahrzehnten landtagsloser Zeit war 1838 in Lippe erstmalig wieder ein Landtag gewählt worden und zusammengekommen. Einer der wichtigsten Beratungsgegenstände war ein Antrag der fürstlichen Regierung, bestimmte Ausgaben für die Hofhaltung auf die Landkasse zu übernehmen. Dabei ging es u. a. um Zahlungen an Nebenlinien des Hauses Lippe, sogenannte Dotalgelder, und Zahlungen für Begräbnisse und Hochzeiten in den zurückliegenden Jahren. Zwar waren früher solche Zahlungen für die Angehörigen des regierenden Hauses und gelegentlich auch der Nebenlinien von den Ständen bewilligt worden. Aber inzwischen hatte sich unter dem Einfluß des Konstitutionalismus eine Haltung entwickelt, die deutlicher als bisher zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Angelegenheiten des Fürsten unterschied, und außerdem lag die geforderte Summe weit über dem, was die Landkasse leisten konnte.

Die Sachverhalte, um die es dabei ging – Verfassungsentwicklung, Trennung von Staats- und Domonialhaushalt, Verhältnis von Kammer-

und Landkasse –, waren Themen, die spätestens seit der Französischen Revolution überall auf der Tagesordnung standen.

Seit der frühen Neuzeit war der Finanzbedarf aller Landesherren ständig gestiegen. Ursache dafür waren einerseits die Ausweitung staatlicher Zuständigkeiten, andererseits aber auch die zunehmenden Repräsentationsbedürfnisse und der Ausbau der Residenzen, oft nach dem Vorbild des Hofes Ludwigs XIV. in Versailles. Die Probleme der Geldbeschaffung und die Versuche, sie zu lösen, haben die Geschichte aller deutschen Territorien in der frühen Neuzeit geprägt.

Wie diese Probleme jeweils gelöst werden konnten, hing davon ab, wie die Gewichte zwischen den entscheidenden politischen Kräften, dem Landesherrn und den Ständen, im Einzelfall verteilt waren – und dies stand wiederum oft in direktem Verhältnis zum Umfang der Einkünfte, über die der Landesherr verfügen konnte. Art und Umfang von Besitz und Einkünften des Landesherrn hingen eng zusammen mit der Entstehung der Landesherrschaft im Mittelalter. »Die Bildung fürstlicher Landesherrschaften im Mittelalter ist das bedeutsamste Ereignis der gesamten deutschen Verfassungsgeschichte.« Das galt für die Ebene des Reiches, dessen föderalistische Struktur damit festgelegt war, vor allem aber auch für die einzelnen deutschen Länder, die – wie die Landesherrschaft der Edelherren zur Lippe – sich in dieser Zeit herausbildeten.²⁷

Ausgehend von ihrem Stammsitz in Lippstadt schufen die Edelherren zur Lippe im Hochmittelalter durch Erwerb von Grundbesitz und Hoheitsrechten auf der Nordostseite des (später so bezeichneten) Teutoburger Waldes die Grundlage für ihre spätere Landesherrschaft. In den letzten Jahrzehnten vor der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert wurden die Falkenburg und Stapelage zum Kern, um den herum das Territorium im Lauf der Zeit schließlich bis zu der Ausdehnung wuchs, die dem späteren Land und weitgehend dem heutigen Kreis Lippe entspricht. Beginnend mit der Altstadt Lemgo (1190) gründeten die Edelherren im 13. Jahrhundert die Städte Horn, Blomberg und Detmold, um ihren Machtbereich zu sichern und weiter auszubauen. Vor allem Lemgo hat als Stadt mit weitreichenden Handelsbeziehungen zur wirtschaftlichen Absicherung der Landesherrschaft beigetragen.

Daneben hatten die Gründungen aber von vornherein auch die Aufgabe, das Land militärisch zu sichern: In allen Städten außer Lemgo

findet sich in dem planmäßigen Grundriß eine landesherrliche Festung. Die Edelherren müssen das für die Städtegründungen erforderliche Land bereits zuvor besessen haben, denn die Bürger der Städte zahlten ihnen Abgaben für Grundstücke in der Stadt und in der Feldmark. Wie dieser Landerwerb zustandekam, ist nicht im einzelnen nachzuweisen: »Es sind nun erst wenig Urkunden, die ein unmittelbares Licht auf die Verhältnisse des 13. Jahrhunderts in Lippe werfen, ... und für Lippe ... muß vieles aus späteren Verhältnissen geschlossen werden. Wenn im 14. Jahrhundert die lippische Landesherrschaft fest begründet vorhanden ist, so muß sie sich im 13. Jahrhundert folgerichtig auf der Grundlage der Städte und der Burgen entwickelt haben.«²⁸

Im 14. Jahrhundert erwarben die Edelherren sowohl die Burg als auch das Gogericht Varenholz – Gerichtsrechte waren für die Begründung und Sicherung der Landesherrschaft von gleich wichtiger Bedeutung wie die militärische und wirtschaftliche Macht und wie der Grundbesitz.

Für die späteren Verhandlungen über die Trennung von Privatbesitz des Fürsten und Staatsbesitz ist es von Wichtigkeit, wie das Kammergut – alles, was Gegenstand der noch ungeteilten landesherrlichen Finanzverwaltung war – erworben worden war. Als die Edelherren 1564 umfangreiche Besitzungen der Adelsfamilie de Wend für 100.000 Taler kauften, war das ein privatrechtlicher Vorgang. Als sie 1607 die hohe Gerichtsbarkeit im Gebiet von Steinheim dem Bischof von Paderborn überließen und von diesem dafür u. a. das Amt Barkhausen und Mackenbruch mit seinen Einkünften eintauschten, war dieser Erwerb von öffentlich-rechtlicher Natur, weil es dabei um Hoheitsrechte ging. Auch die Wiedereinlösung des 1733 verpfändeten Amtes Sternberg war ein öffentlich-rechtlicher Vorgang, weil sich die Stände für die Einlösungssumme verbürgt hatten und diese mit allen Einkünften aus dem Amt getilgt wurde.²⁹

Zunächst spielte dieser Unterschied jedoch noch keine Rolle. Die Einkünfte aus dem Besitz wurden von der Kammer verwaltet, die die private Hofhaltung und die sich mit der Zeit entwickelnde Landesverwaltung sowie schließlich auch noch eine kleine, aber eigene militärische Truppe bezahlte. Diese Mittel reichten aber, wie bereits erwähnt, zur Bestreitung der Aufwendungen immer seltener aus, und zusätzliches Geld mußte entweder durch Steuern oder Kredite beschafft

werden. Beides war nicht unbegrenzt möglich: Kredite wurden etwa gegen Verpfändung von Besitz und Hoheitsrechten gewährt, und die Erhebung von Steuern unterlag der Zustimmung der Stände. Dieses Steuerbewilligungsrecht war eines der wichtigsten Machtmittel, das den Ständen zur Verfügung stand: Je größer der Finanzbedarf des Landesherrn war, desto größer war – vereinfacht ausgedrückt – daher auch das politische Gewicht der Stände. Begründet wurde es im späten Mittelalter im Zusammenhang mit dem Ausbau der Landesherrschaft.

In Lippe fand das relativ früh seinen Niederschlag in dem sogenannten Pactum Unionis. 1368 legte Simon III. zur Lippe darin die Unteilbarkeit seines Landes fest und bestimmte für den Fall, daß etwa mehrere zur Nachfolge berechnigte Herren vorhanden seien, daß das Land demjenigen folgen solle, dem sich die Städte Lippstadt und Lemgo zuwendeten. Dies wurde von den Burgmannen und den Städten Horn, Blomberg und Detmold ausdrücklich bestätigt und besiegelt.³⁰ Die politische Rolle der »Stände von Ritterschaft und Städten« ist hiermit erstmalig dokumentiert worden.

Die Stände waren keine Volksvertretung im heutigen Sinne, sondern, wie bereits erwähnt, Vertreter des Adels und der Städte. Sie trafen sich einmal jährlich – später zeitweilig auch sehr viel seltener – zusammen mit den Chefs der Nebenlinien des Hauses Lippe, den Erbherren, nach Einberufung durch den Landesherrn, um diejenigen Gegenstände zu beraten, die der Landesherr als »Propositionen« vorgegeben hatte. Das Ergebnis ihrer Beratungen über diese Punkte wurde als schriftliches »Gutachten« dem Landesherrn vorgelegt und von diesem in einer Erklärung mit Gesetzeskraft, dem »Landtagsabschied«, beantwortet. Auf diese Erklärung hatten die Stände keinen Einfluß. Sie waren nur zu einem »Votum consultativum« berechnigt und konnten nur vorschlagen und mitberaten. Mitentscheiden im Sinne eines »Votum negativum« konnten sie außer bei der Bewilligung von Steuern nicht. Auch ein Selbstversammlungsrecht hatten die Stände nicht, so daß sie zu Zeiten des Absolutismus jahrelang nicht einberufen wurden.³¹

Im 17. Jahrhundert ist es allerdings unter dem Druck vollkommen zerrütteter Finanzverhältnisse gelungen, das Verhältnis von Landesherr und Ständen in Lippe etwas weiter festzulegen und zu klären. 1651 erhielten die Stände das Indigenatsrecht zugesichert – der Landesherr war verpflichtet, wichtige Posten im Land mit geeigneten Bewerbern aus dem



eigenen Land zu besetzen -, und 1665 wurde das Steuerbewilligungsrecht bekräftigt und die Beteiligung der Stände bei Ausschreibung, Einnahme und Ausgabe der Steuern zugestanden.³²

Pactum unionis von
1368, Bestätigung durch
Kaiser Karl V. von 1521

Trotz dieser Zusage kam es jedoch immer wieder dazu, daß Gelder zu anderen als den bewilligten Zwecken ausgegeben wurden. Bei der Kammer – der Finanzverwaltung für Hofhaltung und Landesverwaltung – waren Schulden aufgelaufen, die nicht mehr zu bewältigen waren. Die Stände erklärten sich 1686 dazu bereit, einen Teil dieser Kammerschulden in Höhe von 100.000 Rthl. zu übernehmen; sie machten jedoch zur Bedingung, daß eine zweite Kasse – die Landkasse – eingerichtet wurde, in die die vom Landtag bewilligten außerordentlichen Kontributionen eingezahlt werden sollten und bei deren Kontrolle die Stände mitzubestimmen hätten. Dafür wurden von den Ständen vier Deputierte bestimmt.

Friedrichstal,
Ausschnitt aus einer
Flurkarte, 1728



Zuvor waren die Steuern und alle Einkünfte aus den finanziell nutzbaren Rechten des Landesherrn, den sogenannten Regalien, sowie aus dem als Domanalgut bezeichneten landesherrlichen Grundbesitz in die Kammerkasse als bis dahin einzige öffentliche Kasse geflossen. Aus dieser wurden alle Kosten für Hofhaltung und Landesverwaltung bezahlt; das Land half gegebenenfalls mit jeweils besonders von den Ständen auf dem Landtag bewilligten Steuern aus.

Mit der Errichtung der Landkasse waren die Stände dem politischen Ziel einer weitgehenden Kontrolle über die Finanzen des Landes ein ganzes Stück näher gekommen; dauerhaft erreicht war es damit allerdings noch nicht.³³ Trotz dieser Einrichtung besserte sich der Zustand der lippischen Staatsfinanzen aber nicht, und zeitweilig war die Landkasse später sogar der Kontrolle der Stände entzogen. Unveränderte Mißwirtschaft erforderte weitere Kreditaufnahmen der Kammer, für die schließlich 1733 das ganze Amt Sternberg verpfändet wurde.

Erst seit dem Regierungsantritt Simon Augusts 1747 wurde wirksam Abhilfe geschaffen. Dessen politische Absicht war es, »mein Haus wiederherzustellen und meinen Nachfolgern die Mittel zu hinterlassen, die Würde ihrer Geburt zu behaupten.«³⁴ Er konnte diese Absicht verwirklichen mit Hilfe seines ehemaligen Erziehers de la Pottrie und des 1748 ernannten Regierungspräsidenten Hillensberg, der nicht nur die erforderlichen Fähigkeiten besaß, sondern auch von Simon August die notwendigen Kompetenzen zugewiesen bekam. Vor allem die Aufstellung regulärer Etats seit 1749 als Grundlage für eine solide und überschaubare Finanzwirtschaft des Landes muß in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden.

Von mindestens ebensolcher Bedeutung für die finanzielle Stabilisierung war der seit 1774 amtierende Kanzler Hoffmann, der einem aufgeklärten Merkantilismus verpflichtet war. Unter dem Eindruck der großen Finanzkrise nach dem Siebenjährigen Krieg und fehlgeschlagener Versuche zu ihrer Behebung begann er eine energische Reorganisation des Finanzwesens, die zu steigenden Einkünften der Kammer führte und diese dadurch in die Lage versetzte, Schulden zu tilgen, verpfändete Ämter wieder einzulösen und schließlich auch die Kreditwürdigkeit wiederherzustellen.³⁵ Damit waren aber auch die Voraussetzungen geschaffen, unter denen es sich die Fürstin Pauline während ihrer Regentschaft erlauben konnte, ihrer absolutistischen Haltung entsprechend viele Jahre lang ohne die Landstände zu regieren.

Von der Französischen Revolution war aber bereits der Anstoß für die Ausbreitung des Konstitutionalismus ausgegangen, und auch 1830 und 1848 kamen die wichtigsten Impulse wiederum aus Frankreich. Die preußische Reformpolitik nach 1806 hatte Einflüsse der französischen Revolutionszeit übernommen, und Preußen hatte sich – obwohl dort später zunächst keine Verfassung zustandekam – auf dem Wiener



Simon August
Graf zur Lippe



Ferdinand Bernhard
Hoffmann, Kanzler,
Regierungs- und
Kammerpräsident

Pauline Fürstin
zur Lippe



Kongreß für die Einführung von Verfassungen eingesetzt. Die Wiener Schlußakte hatte 1815 denn auch die Einführung landständischer Verfassungen vorgeschrieben. Eine Verfassung als schriftliche Fixierung des Verhältnisses zwischen Regierenden und Regierten regelte auch die finanziellen Verhältnisse des Staates. Dafür mußte aber überall dort, wo dies noch nicht geschehen war, das Staatsvermögen vom fürstlichen Privatbesitz getrennt werden.³⁶

In Lippe wurde diese Diskussion ausgelöst, als – wie bereits oben erwähnt – die Regierung auf dem Landtag von 1838 die Übernahme von Dotalgeldern auf die Landkasse durchsetzen wollte. Die Auseinander-

setzung wurde noch verschärft und gewissermaßen auf den Punkt gebracht, als die Kammer verlangte, aus der Landkasse jährlich 4.500 Taler zusätzlicher Besoldungskosten für Pfarrer und Lehrer zu zahlen. Dies aber waren eindeutig Kosten der Landesverwaltung, die dem Herkommen nach von der Kammer zu tragen waren.

Da die Auffassungen von Kammer und Regierung einerseits und Landtag bzw. Ständen andererseits hinsichtlich dieses Herkommens offenbar nicht mehr in Einklang zu bringen waren, schlug der Landtag eine eindeutige Trennung der Einnahmen vor. Danach sollten die Einkünfte aus Domänen und Forsten künftig dem Landesherrn für die Hofhaltung, die aus den Regalien aber für die Ausgaben der Landesverwaltung zur Verfügung stehen. Eine solch klare Trennung des Staatshaushaltes vom Hofhaushalt war in Preußen bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter Friedrich Wilhelm I. eingeführt worden. In vielen kleineren deutschen Staaten kam sie erst im Zuge der Verfassungsbewegung des 19. Jahrhunderts nach schweren Auseinandersetzungen zustande.

In Lippe war die Einwilligung des Fürsten in eine solche Regelung nicht zu erwarten.³⁷ Die Landtage von 1840, 1843 und 1845 sahen sich mit weiteren strittigen finanziellen Forderungen konfrontiert, so daß dieses Thema bis zur Revolution von 1848 ständig auf der Tagesordnung blieb.

Ein direkter Anlauf zur Trennung von Staats- und Domaniaalhaushalt wurde auf dem Landtag von 1843 unternommen: Die Stände beantragten, »daß die jetzt noch zur Landrenteicasse [= Kammerkasse] fließenden öffentlichen Einnahmen an Steuern, Regalien und alle sonst auf der Übung der Landeshoheit beruhenden Gefälle und Nutzungen sowie die bisher aus der Landrenteicasse bestrittenen öffentlichen Ausgaben an die unter ständischer Mitwirkung stehende Cassenverwaltung [= Landkasse] gegen eine billige Ausgleichung des für die eine oder andere Casse dadurch entstehenden Ausfalls überwiesen werden.«³⁸

Im Landtagsabschied vom 15.2.1843 versprach Fürst Leopold II. zwar, »auf dem nächsten Landtage eine entsprechende Proposition vortragen [zu] lassen«; er gab aber zugleich zu bedenken, daß dieser Antrag »tief in die bestehende Verfassung und in die Ressort-Verhältnisse Unserer Landes-Behörden« eingreife und daher besonders gründlich geprüft

Leopold II.
Fürst zur Lippe



werden müsse.³⁹ Der Eindruck einer moderaten Haltung des Fürsten gegenüber den Wünschen des Landtags wird allerdings erheblich relativiert durch seine Reaktion auf die ebenfalls auf diesem Landtag behandelte Beanspruchung des »Votum negativum« durch die Stände. Leopold sah darin nichts anderes als eine Kompetenzanmaßung durch den Landtag: »Wir werden es ... nicht dulden, daß sie [die Stände], aus ihrem Wirkungskreise heraustretend, sich Eingriffe in die Rechtssphäre ihres Landesherrn erlauben.«⁴⁰ Mit Heide Barmeyer kann man dies nur als »... eine eher dem Absolutismus als dem vormärzlichen Konstitutionalismus zukommende Maxime« charakterisieren.⁴¹

Doch nicht nur auf der Ebene der Finanzverwaltung, sondern auch bei den damit befaßten Beamten sollte erkennbar werden, um wessen Interessen es ging. So stellten die Stände auf dem Landtag von 1840 wegen möglicher Interessenkollision einen Antrag auf Personaltrennung zwischen Kammer und Regierung⁴²; der Antrag blieb auf diesem Landtag erfolglos. Der Fürst stellte zwar in Aussicht, die Sache erneut zu überdenken, »wenn Wir unter veränderten Verhältnissen dazu Grund finden sollten«; er begründete seine Ablehnung für diesmal aber damit, daß »... Uns keine Benachtheiligung des Wohls Unserer geliebten Unterthanen bekannt geworden ist, welche durch die jetzt bestehende Vereinigung hervorgerufen wäre.«⁴³

Sieben Jahre später machten die Stände einen erneuten Versuch: Sie bezogen sich in der Begründung unmittelbar auf diese Formulierung: »Sehr erklärlich ist es, daß der höchsten Landesbehörde und den hier speciell betheiligten Herren Räten die Nachtheile, welche das Land [= die Stände] in jener Vereinigung erblickt, nicht bekannt sind, weil die individuelle Ueberzeugung jener Männer von der Reinheit ihrer Absichten, auf welche auch nicht der leiseste Schatten geworfen werden soll, jeden Gedanken an die Möglichkeit eines Nachtheils ihrer doppelten Stellung unterdrückt. Aber wo ist der Mensch, welcher sagen könnte, die Lauterkeit seines Strebens behüte ihn vor dem Irrthume?« Bei möglichen Interessenkollisionen zwischen Untertan und Kammer sei die Regierung Beschwerdeinstanz. Bei einer Zurückweisung der Beschwerde müsse bei dem Untertan der Verdacht aufkommen, »als sey der Einfluß der mit zwei unter fünf Stimmen in der Regierung vertretenen Cammer ihm entgegen gewesen? zumal wenn er sieht, daß die Verfügung auf seine Beschwerde von derselben Hand unterzeichnet ist,

welche auch die Erlasse seiner Gegnerin unterschreibt?«⁴⁴ Im Landtagsabschied blieb Leopold II. unverändert bei seiner ablehnenden Haltung, wie sie bereits 1840 formuliert worden war.⁴⁵

Früher als wohl von ihm erwartet traten jedoch die »veränderten Verhältnisse« ein, denn im März 1848 ging es im Zuge des revolutionären Aufbruchs auch um dieses Thema.⁴⁶ Die Forderungen der Petition, die der Fürst am 8.3.1848 vorgelegt bekam, betrafen zwar in erster Linie die Bildung einer Volksvertretung aufgrund allgemeiner und gleicher Wahlen, eine Reform der Justiz (mit Trennung von der Verwaltung und Einrichtung von Schwurgerichten), aber auch die umfassende Forderung: »... Regelung des Finanzwesens, Vereinigung des Staatshaushalts mit dem Domanialhaushalte und daraus auszuwerfender Civilliste für den Regenten, ... Enthebung der Mitglieder der Regierung von den mit ihrer Stellung unverträglichen Nebenaemtern, namentlich von den Director- und Rathsstellen bei der Rentkammer, so lange noch eine gesonderte Domanial-Verwaltung besteht.«⁴⁷

Bereits am folgenden Tag entsprach Leopold weitgehend diesen Forderungen: »Die Trennung Unserer Regierung und Cammer, dergestalt, daß kein Mitglied des einen Collegium an dem andern noch ferner Sitz und Stimme führt, haben Wir bereits angeordnet. Die verfassungsmäßigen Rechte der Landstände in Finanzangelegenheiten und die ihnen zustehende entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung erkennen Wir hierdurch ausdrücklich an.«⁴⁸ Also nicht nur die Personaltrennung zwischen Regierung und Kammer, sondern auch das lange angestrebte »Votum negativum« war damit erreicht.

Der Landtag in seiner bisherigen Zusammensetzung wie auch die im April 1849 gewählte »Volkskammer« haben sich in sehr aufwendiger Detailarbeit um eine zeitgemäße Lösung der Domanialfrage bemüht, und die Kammer hat sie dabei – anders als bisher – mit Auskünften und dem nötigen Aktenmaterial unterstützt. Das Kernproblem, um das es ging, war die Frage nach dem Eigentum am Domanialvermögen, die nach Lage der Dinge nur in gegenseitiger Übereinstimmung durch einen Vertrag zu lösen war. Die Volkskammer legte schließlich einen Vertragsentwurf⁴⁹ vor, der eine tragfähige Grundlage für die Aufteilung des Domanialgutes hätte werden können.⁵⁰

Als über diesen Entwurf schließlich mit der Regierung verhandelt werden sollte, hatten sich allerdings die politischen Voraussetzungen

entscheidend verändert: Die reaktionäre Entwicklung in Deutschland stellte inzwischen andere Bedingungen, unter denen der Abschluß eines solchen Vertrages nicht mehr möglich war. »Das Domanialproblem war als solches auf die Tagesordnung gesetzt, eine Lösung aber noch nicht gefunden worden« – so das Resümee von Erich Kittel.⁵¹

Domanialvertrag 1868

Als am 15. März 1853 die Verfassung von 1836 per Verordnung wieder in Kraft gesetzt wurde, war das der sinnfälligste Ausdruck für den politischen Rückschritt nach der Revolution von 1848, der in diesen Jahren überall wirksam wurde. Damit war nicht nur die Einführung einer den gesellschaftlichen Entwicklungen angepaßten Verfassung auf längere Zeit verhindert worden. Der Landtag wurde gewählt, tagte, beriet und beschloß wiederum in drei Kurien, was erst 1876 mit der Einführung eines Dreiklassenwahlrechts nach preußischem Muster geändert wurde; seitdem fanden seine Beratungen und Beschlüsse in Anwesenheit der Vertreter aller drei Klassen statt. Durch die Wiedereinführung der Verfassung von 1836 wurde vor allem auch die Lösung des Domanialproblems erheblich verzögert.



Leopold III.
Fürst zur Lippe

Fürst Leopold III. – seit 1851 auf dem Thron – schlug dem Landtag von 1854 zwar vor, »... die schon auf einigen Landtagen zur Verhandlung gediehene Trennung der Einkünfte aus ... [seinem] Haus- und Privatvermögen von den ... [ihm] als Landesherrn zur Bestreitung der Staatslasten zugewiesenen Staats-Einnahmen in Vollzug zu setzen«⁵², aber das war keine Wiederaufnahme der Diskussion um die Forderungen von 1848/49. Die Frage nach den Eigentumsrechten am Domanium wurde nicht angeschnitten; der Fürst bzw. die Regierung wollten lediglich klarere Rechtsverhältnisse schaffen, da man es mit »... in buntem Gemisch und ohne streng geordnete Gliederung durcheinander laufenden Rechnungsetats ...« zu tun hatte.⁵³ Die Einnahmen aus den Regalien sollten diesem Vorschlag zufolge fortan in die Landkasse fließen, die dafür aber einen entsprechenden Betrag für die Landesverwaltung zahlen sollte.

Mit den Regalien-Einnahmen waren die bisher der Kammerkasse zufließenden Gewerbeabgaben gemeint. Da aber aufgrund der allge-

meinen politischen Tendenz mit der Einführung der Gewerbefreiheit gerechnet werden mußte, war die Zukunft dieser Einnahmen unsicher. Der Fürst beabsichtigte also, einen Teil der Kosten für die Landesverwaltung und damit einen Ausgabeposten mit steigender Tendenz auf die Landkasse abzuwälzen und dieser dafür einen zwar zusätzlichen, aber sehr unsicheren Einnahmeposten und zugleich die Verantwortung für die Neuregelung der Gewerbebesteuerung zu überlassen. Dieser Ansatz ist auf dem Landtag von 1854 jedoch versandet; der Anstoß für eine wirksame Lösung des Problems kam wenige Jahre später von außen.

Die politische Entwicklung in Deutschland nach dem Krieg von 1866 brachte für Lippe einerseits den Beitritt zum Norddeutschen Bund, zugleich aber auch die ersten entscheidenden Einschnitte in die staatliche Souveränität und damit – auch vor dem Hintergrund der preußischen Annexionen von Kurhessen, Nassau, Frankfurt und Hannover – das geschärfte Bewußtsein für die künftige Gefährdung der Eigenstaatlichkeit. Für die weitere Behandlung der Domanalfrage war zwar auch dies von Bedeutung, der unmittelbare Anlaß für die Wiederaufnahme dieses Themas waren aber die finanzpolitischen Folgen des Beitritts zum Norddeutschen Bund.

Die entscheidende Änderung gegenüber dem früheren Zustand war, daß die anteiligen Zolleinkünfte nicht mehr wie bisher in die lippische Kammerkasse, sondern in die Bundeskasse flossen. Damit hatte die Kammerkasse einen ihrer wichtigsten Einnahmeposten verloren. Die Regierung war daher dringend an einer wirksamen Neuordnung der staatlichen Finanzwirtschaft interessiert und legte dem Landtag von 1867/68 bereits im Dezember 1867 eine entsprechende Proposition vor.⁵⁴ Grundsätzlich brachte der darin enthaltene »Entwurf zu einer Vereinbarung über die Trennung des Staats- vom Domanalhaushalt« keine Neuerung gegenüber den Vorschlägen von 1854. Auch diesmal wurde die Eigentumsfrage überhaupt nicht zur Debatte gestellt, und wiederum war nur vom Kassenausgleich die Rede.

Aufgrund der veränderten politischen Bedingungen war aber diesmal der Erfolgsdruck auf die Regierung ungleich stärker. Eine Landtagskommission hatte den Entwurf zunächst zu prüfen und die späteren Beratungen vorzubereiten. Die Kommission bekräftigte die Meinung, daß die absehbaren finanziellen Folgen der neuen politischen Verhältnisse die Neuordnung der lippischen Staatsfinanzen dringend erforderlich machten.

Bei der ihr vom Landtag ebenfalls aufgegebenen Prüfung der Eigentumsfrage hielt sie sich aber eher bedeckt. Da diese Frage ihrer Meinung nach nicht mit hinreichender Sicherheit und Eindeutigkeit entschieden werden könne, das Domanium aber bestimmt kein Staatseigentum sei, müsse es – wie im Entwurf formuliert – als Fideikommißgut des fürstlichen Hauses angesehen werden. Die Kommission betonte jedoch, daß die Unteilbarkeit und Unveräußerbarkeit dieses Vermögens im Interesse des Landes garantiert werden müßte – ein Gesichtspunkt, der bei allen Debatten und Verhandlungen um das Domanialvermögen bis hin zur Begründung des Landesverbandes Lippe immer wieder eine entscheidende Rolle spielen sollte. Friedrich Meier hat in seiner immer noch gültigen Dissertation über die Trennung von Staats- und Domanial-Haushalt in Lippe bei der Bewertung dieses Kommissionsgutachtens auf die spätere, für die Landesentwicklung entscheidende Funktion des Domaniums angespielt: »Grundsätzlich machte sich die Kommission den Regierungsentwurf zu eigen, die kleinen Abänderungsvorschläge betrafen nur die formale Seite. Man kann ihr nicht den Vorwurf ersparen, daß sie in der Verteidigung der Landesinteressen zu wenig tatkräftig vorgegangen ist. Von einer Verpflichtung der künftigen Domanialverwaltung, aus dem umfangreichen Domanialbesitz Teile für die Zwecke der Siedlung und inneren Kolonisation zur Verfügung zu stellen, ist mit keinem Wort die Rede.«⁵⁵

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen machten einige Landtagsmitglieder noch einen Versuch, die Eigentumsfrage wenn nicht jetzt zu lösen, dann doch für die Zukunft offen zu halten. In Alternativanträgen wurde der Vorschlag gemacht, das Eigentumsrecht am Domanialvermögen entweder nur für die zur Zeit regierende Linie des Hauses Lippe anzuerkennen oder aber die gegenwärtigen Rechtsverhältnisse nicht zu verändern, solange das Fürstenhaus das Land regiert. Der erste Vorschlag zielte auf das zu dieser Zeit bereits vorhersehbare Erlöschen der Detmolder Linie des Hauses Lippe ab, während der zweite die Möglichkeit einer künftigen Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit in Rechnung stellte. In beiden Fällen sollte nach dem Fortfall der jeweiligen Bedingung neu über die Eigentumsfrage verhandelt werden. Die Regierung stellte jedoch eindeutig klar, daß nach ihrer Meinung das Domanialvermögen dem gesamten Haus Lippe zustehe, und die Mehrheit des Landtags schloß sich dem an.⁵⁶

Wenn sich damit auch in der Eigentumsfrage nichts bewegt hatte, konnte jetzt – zwanzig Jahre nach den umfassenden Forderungen von 1848 – wenigstens die Trennung von Staats- und Domonialhaushalt durchgesetzt werden.⁵⁷ Das Interesse der Regierung bzw. des Fürsten war seit der Proposition vom Dezember 1867 klar, und dieses Interesse hatte sich gegenüber abweichenden Meinungen im Landtag durchgesetzt. Die Lösung der Eigentumsfrage konnte erst nach dem Ende der Monarchie, also genau 50 Jahre nach den hier in Rede stehenden Vorgängen, in Angriff genommen werden. Und auch dann hat die endgültige Regelung noch einmal 20 Jahre auf sich warten lassen.

Der lippische Domonialvertrag von 1868 war im Ergebnis unzureichend, da dessen Regelungen den aktuellen Bedingungen nicht entsprachen: Die Landkasse wurde alleinige Staatskasse und mußte für die aller Voraussicht nach wachsenden Kosten der Landesverwaltung aufkommen, ohne in Zukunft die Erträge des Domonialvermögens dazu nutzen zu können. Diese flossen jetzt ausschließlich in die Hofhaltung; das Domonialvermögen wurde fürstliches Fideikommiß. Die Landkasse dagegen sollte künftig die unsicheren Einnahmen aus den Regalien, eine Grundsteuer vom Domonialgut und 5.000 Rthl. als festgelegte Rente aus der Kammerkasse erhalten. Das Land wurde gegenüber dem Hof benachteiligt, weil es unsichere Einnahmeposten und wachsende Ausgaben übernahm, während die dem Hof zustehenden Einnahmen aus dem Domonialbesitz steigen konnten.⁵⁸ Weitere Auseinandersetzungen waren damit programmiert.

Die Unzulänglichkeit dieser Regelung war nach wenigen Jahren so deutlich geworden, daß Fürst Woldemar nach seinem Regierungsantritt im Jahre 1875 den Anstoß zu erneuter Behandlung gab. Der Archivar Falkmann wurde mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Falkmann kam zu dem Ergebnis, daß das Domonialvermögen

Woldemar
Fürst zur Lippe



ursprünglich fürstlicher Privatbesitz gewesen sei, daß es im Verlauf der Jahrhunderte aber nicht das alleinige Verdienst der jeweiligen Regenten gewesen sei, wenn das Vermögen vermehrt worden oder überhaupt erhalten geblieben sei. Ohne das Mitwirken der Stände sei der gegenwärtige Stand des Domaniums nicht denkbar; der Anspruch des fürstlichen Hauses auf das Eigentum am Domanium sei daher begrenzt.

»Diese Erwägungen, daß das Hausfideikommiß-Vermögen in seinem jetzigen Bestande gewissermaßen eine Errungenschaft der langjährigen Verbindung des Inhabers mit der Landesregierung ist und daß bei einer Auflösung dieser Verbindung eine wesentliche Veränderung in den Rechtsverhältnissen vorgehen würde, haben in dem Domanial-Vertrage [von 1868] keine Berücksichtigung gefunden. Jedenfalls scheint es zweckmäßig, daß bei einer Revision des letzteren durch eine Erwähnung jener Eventualität künftigen Differenzen vorgebeugt werde.«⁵⁹ Unter dem Eindruck dieses Gutachtens kündigte Fürst Woldemar zwar eine entsprechende Proposition für den Landtag an, er zögerte mit der Vorlage allerdings so lange, daß der Landtag mit einem Steuerbewilligungsboykott bis zur Vorlage eines neuen Entwurfs drohte.⁶⁰

Die Proposition, mit der schließlich am 10.2.1877 dem Landtag ein Änderungsentwurf zugeleitet wurde, brachte zunächst zum Ausdruck, daß eine Modifikation der Vereinbarung von 1868 eigentlich vollkommen überflüssig sei: Die damalige, »an sich unanfechtbare und seit jener Zeit bereits vollständig zur Ausführung gebrachte Vereinbarung« sei nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit geschlossen worden, das Eigentumsrecht der fürstlichen Familie am Domanium im Umfang dieser Vereinbarung sei unbezweifelbar und es seien »im Laufe der Zeit keine Umstände eingetreten ..., durch welche in diesem Eigentums-Verhältnisse eine Änderung hervorgerufen sei oder das Land einen Eigentums- oder sonstigen Anspruch an den Bestand des Domaniums erworben haben könnte«. Vor allem durch die Abtretung der Einkünfte aus den Hoheitsrechten sei doch »den gegründeten Ansprüchen des Landes in den wesentlichen Punkten Rechnung ... [getragen]«. »Zur Beseitigung aller dieserhalb obwaltenden Differenzen und um auch in dieser Beziehung durch Höchstseinerseitiges huldreiches Entgegenkommen friedliche Zustände im Lande wieder herzustellen«, werden bestimmte Abänderungen und Ergänzungen vorgeschlagen – allerdings in der Erwartung, »daß damit allen gerechten und billigen Ansprüchen

des Landes Genüge geschehe, also auch gehofft werden darf, daß das Land in demselben volle Befriedigung finden werde.«⁶¹

Der Entwurf enthielt als §1 den Vorschlag, daß »... ein auf das Fideicommißgut des Fürstlichen Hauses radicierter Landes-Domanialfonds in der Höhe von 1.500.000 M in der Weise gegründet [wird], daß selbiger als ein dem Lande für den Fall, daß das Fürstenthum seine bisherige Selbstständigkeit als besonderer Staat verlieren sollte, auszahlender Landesfonds auf das Fürstliche Domanium, welches zur pfandweisen Sicherheit desselben dient, eingetragen wird.« Bei einem eventuellen Ende der staatlichen Selbstständigkeit sollte diese Summe ausgezahlt oder entsprechender Grundbesitz an das Land abgetreten werden. Anschließend sollte das Domanium reiner Privatbesitz der fürstlichen Familie sein. Weitere Belastungen des Fideikommißgutes sollten für alle Zukunft ausgeschlossen sein.⁶²

Nach längeren Verhandlungen über zwei Abänderungsvorschläge⁶³ konnte sich der Landtag mit knapper Mehrheit den Vorschlag einer eher konservativen Gruppierung von Abgeordneten als seine Erklärung zur Proposition des Fürsten zu eigen machen. Er verneinte zwar den generellen Eigentumsanspruch des Fürsten auf das Domanium, hielt aber – anders als der alternative Abänderungsvorschlag der Linken um Hausmann – das Domanialabkommen von 1868 für rechtsgültig.

Dennoch: Die Änderungsabsichten des Landtags liefen der fürstlichen Proposition erheblich zuwider. »In Beziehung auf den materiellen Inhalt der Vorlage konnte sich die Landesvertretung den der Proposition beigegebenen und den Inhalt bedingenden Motiven nicht anschließen. Nach reiflicher Prüfung der thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse hält dieselbe das Domanium für verpflichtet, die Regierungslasten zu tragen, soweit die Suffizienz der Erträge desselben dies gestattet. Ebenso hält es der Landtag für nicht nachgewiesen, daß das Domanium zufolge der eigenthümlichen Verhältnisse, aus denen heraus sich die Landeshoheit entwickelt hat, reines Privateigenthum der Fürstlichen Familie sei.« Darüber hinaus sollte nach den Vorstellungen des Landtags die bisher auf 5.000 Rthl. festgesetzte jährliche Rentensumme vervierfacht werden und künftig – inzwischen war die Umstellung auf die Mark-Währung im Verhältnis 1:3 erfolgt – 60.000 Mark betragen.

Schließlich regte der Landtag an, anstatt des in der Proposition vorgesehenen Landes-Domanialfonds ein aus Forsten bestehendes



Franz Hausmann,
Syndikus und Reichs-
tagsabgeordneter

Landes-Domanialgut mit einem jährlichen Ertrag von 150.000 Mark vorzusehen.⁶⁴ Der Fürst lehnte im Landtagsabschied vom 12.9.1877 alle Forderungen rundweg ab, da sie »von einer vollständig andern Basis ... [ausgingen], als die gemachte Vorlage und die Vereinbarung von 1868« und weil durch die vom Landtag angestrebten Regelungen »Unserem Domanium Lasten auferlegt würden, zu deren Tragung es nicht im Stande ist, sondern auch die Abtretung eines wesentlichen Bestandtheiles des Fideicommißgutes in Aussicht genommen wird, obwohl Wir dem Landtage bereits in der Vorlage haben erklären lassen, daß Wir Uns dazu als zeitiger Nutznießer des Familien-Stamm- und Fideicommißgutes nicht für berechtigt halten; so muß es dem Landtage überlassen bleiben, auf der Basis der proponierten Uebereinkunft andere zur weiteren Behandlung geeignete Anträge zu stellen.«⁶⁵

Weitere Verhandlungen wurden drei Monate später vom Landtag angestoßen. Den Anlaß bot die kommende Justizreform mit der Einführung einer neuen Gerichtsorganisation. In diesem Zusammenhang wurde die Frage akut, ob in Detmold ein eigenes Landgericht für Lippe eingerichtet werden oder ob ein benachbartes preußisches Landgericht für Lippe zuständig sein sollte. Der Wunsch, der staatlichen Selbständigkeit durch die Errichtung eines Landgerichts in Detmold Ausdruck zu geben, spielte bei den wiederaufgenommenen Verhandlungen denn auch eine wichtige Rolle. Der Landtag wiederholte seinen Antrag, die jährlich aus den Erträgen des Domaniums in die Landkasse gezahlte Rente zu erhöhen. Der Fürst stellte daraufhin mehrere Bedingungen, deren Erfüllung zur Voraussetzung dieser Erhöhung gemacht wurden. Die wichtigste war die Forderung, daß die zusätzlichen Mittel ausschließlich zur Deckung des Mehrbedarfs bei der Beamtenbesoldung benutzt werden sollten – und dieser Mehrbedarf stand mit der Errichtung eines lippischen Landgerichts ins Haus.

Damit hatte der Fürst dem Landtag gegenüber ein sehr wirksames Druckmittel in der Hand, und er nutzte es. Zwar sollte, wie der Kabinetts-Minister mit Schreiben vom 23.2.1878 dem Landtag mitteilte, vorläufig eine auf 45.000 Mark erhöhte Rente an die Landkasse gezahlt werden. »Der Durchlauchtigste Fürst wollen sich aber für den Fall, daß die ... bezüglich des hiesigen Landgerichtes gestellte Bedingung nicht in Erfüllung gehen sollte, die weitere Entschließung wegen Fortzahlung der erhöhten Rente vorbehalten; und muß daher die definitive Rege-

lung dieser Angelegenheit bis dahin ausstehen, daß der Landtag sich wegen der ausgesetzten Punkte schlüssig gemacht haben wird.«⁶⁶

Mit dem Domanialvertrag von 1868 war das frühere Verhältnis zwischen Kammer- und Landkasse umgekehrt worden: Hatte zuvor die Kammer – gegebenenfalls mit Unterstützung durch die Landkasse – die Kosten der Landesverwaltung aus den Einkünften des Domaniums zu bezahlen, so war seither die Landkasse allein dafür zuständig, und das Domanium war zum fürstlichen Fideikommißgut erklärt worden. Die Meinungen über das Eigentumsrecht am Domanium gingen aber weiterhin erheblich auseinander, und der Landtag hat nach 1868 wiederholt in mühsamen Verhandlungen – und mit geringem Erfolg – versucht, die Erträge des Domaniums zur Bestreitung der Kosten der Landesverwaltung heranzuziehen.

Wie gesehen, war in den ersten zehn Jahren seit Inkrafttreten des Domanialvertrages keine nennenswerte Verbesserung zu erzielen gewesen. Die Einkünfte aus der französischen Kriegsentschädigung nach dem Ende des Krieges von 1870/71 hatten zwar eine gewisse Entlastung gebracht, aber gleichzeitig war der Finanzbedarf u. a. wegen der Folgen der Justizreform erheblich gestiegen, und es hatte sich ein regelmäßiges jährliches Defizit ergeben.⁶⁷ Unter diesen Bedingungen waren weitere Auseinandersetzungen über die Eigentumsrechte am Domanium im allgemeinen und über die Zweckbindung seiner Erträge im besonderen unausweichlich.

Fortdauernde Auseinandersetzungen, Neuregelungen 1898 und 1912

Die Aufwendungen für die Landesverwaltung, genauer: die steigenden Personalkosten, waren denn auch der Anlaß zu den Verhandlungen, die zumindest einen weiteren Schritt in Richtung auf die Nutzung des Domaniums im Interesse des Landes bedeuten sollten.⁶⁸ Die gesamte Landesverwaltung einschließlich der Justiz, der Schulen und der Kirchen hatte 1868 – im Jahr der Domanialvereinbarung – umgerechnet etwa 180.000 Mark erfordert. 1880 – bereits unmittelbar nach der Einführung der Justizreform und der Errichtung eines eigenen Landgerichts für Lippe in Detmold – kostete allein die Justizverwaltung 174.000 Mark. Und das

war nicht einmal besonders viel, denn die Bezahlung der lippischen Beamten, Lehrer und Pfarrer hielten einem Vergleich mit den Einkünften ihrer Kollegen in der zumeist sehr nahen preußischen Nachbarschaft durchaus nicht stand.

Grundsätzlich gab es zwei Möglichkeiten, dem steigenden Finanzbedarf zu begegnen, nämlich Steuererhöhungen und stärkere Heranziehung der Domanialerträge. Steuererhöhungen waren im Landtag nicht durchzusetzen; außerdem spielte dabei der Zusammenhang mit den Schwierigkeiten bei der Einführung einer Reichsfinanzreform eine Rolle, die von Detmold aus nicht zu beeinflussen war.

Es kam also wieder darauf an, über die Einkünfte des Domaniums zu verhandeln mit dem Ziel, das für das Land schlechte Ergebnis von 1868 mindestens ein Stück weit nachzubessern. Dieses Ziel wurde mit dem sogenannten 10 %-Gesetz vom 25. März 1898 erreicht: Die aus den Einnahmen des Domaniums an die Landkasse zu zahlende Rente wurde erhöht; aus den Domanialeinnahmen wurden 10 % von demjenigen Teil der Beamtenbesoldung bezahlt, der den Ansatz von 1898/99 überstieg. Diese Regelung galt als erste Bresche zugunsten des Landes in den Domanialvertrag von 1868.⁶⁹ Der entscheidende Fortschritt, den dieses Gesetz bedeutete, war, daß der Beitrag des Domaniums sich nicht wiederum auf einen festen Betrag beschränkte, sondern daß dessen Höhe diesmal an den jeweiligen Finanzbedarf des Landes gekoppelt worden war: Wenn die Besoldungsaufwendungen weiter steigen sollten, mußten automatisch auch die Zahlungen aus den Domanialeinnahmen an die Landkasse erhöht werden. Auch dies konnte aber keine alle Beteiligten gleichermaßen zufriedenstellende Lösung der Domanialfrage sein.

Als Jahre später weitere Besoldungserhöhungen fällig wurden, nahm die Regierung das zum Anlaß, eine Revision der 10 %-Regelung von 1898 zu fordern. Sie behauptete, daß die Domanialerträge nicht in dem Maße steigerungsfähig seien, wie das erforderlich sei, um bei erhöhten Beamtenbezügen den in absoluten Zahlen ebenfalls steigenden Zuschuß zu zahlen. Der Landtag konnte dagegen nachweisen, daß das Domanium in den zurückliegenden Jahren durchaus hinreichende Erträge erwirtschaftet habe, um auch die erhöhten Zuschüsse zahlen zu können.⁷⁰ Vorschläge der Regierung zur Änderung der derzeitigen Lage mußten also schon erhebliche Verbesserungen für die Landkasse enthalten, damit der Landtag sie akzeptieren würde.

Die Erklärung des Landtags zur Regierungsvorlage enthielt aber Minimalanforderungen an eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Domanium und Staat: 1) Fixierung einer Rentenzahlung an die Landkasse, und zwar in der aktuellen Höhe des 10 %-Zuschusses. 2) Prozentuale Beteiligung des Staates am Gewinn des Domaniums. Dazu sollte aus dem Ertrag zunächst eine festgelegte Summe an den Fürsten und – entsprechend Punkt 1 – an die Landkasse fließen und der verbleibende Rest zu gleichen Teilen an Fürst und Landkasse gezahlt werden. 3) Um einerseits die Berechnungsmodalitäten kontrollieren zu können und andererseits eine möglichst ertragreiche Bewirtschaftung des Domaniums zu sichern, forderte der Landtag für sich eine wirksame Beteiligung an der Domanialverwaltung.⁷¹ Eine neue Regierungsvorlage entsprach diesen Vorstellungen weitgehend und wurde nahezu einstimmig angenommen: Die Landkasse erhielt eine jährliche Rente von 140.000 Mark, der Fürst bezog die Einkünfte des Domaniums bis zur Höhe von 500.000 Mark. Die diese Summe übersteigenden Einkünfte wurden zwischen Land und Fürst hälftig geteilt. Der Landtag erhielt Einfluß auf die Verwaltung des Domaniums.⁷²

In den vorangehenden Beratungen dieser Vorlage waren aber auch wieder Aspekte der Domanialfrage zur Sprache gekommen, die über die unmittelbar zur Debatte stehenden Einzelregelungen hinausreichten: Der Landbedarf für die notwendige Binnenkolonisation und für eine bessere Siedlungspolitik konnte nur gedeckt werden, wenn das Domanialland einbezogen wurde, das etwa 20 % der lippischen Gesamtfläche ausmachte. Damit war wiederum die Frage des Eigentums am Domanium angeschnitten, die unter den 1912 noch herrschenden Verhältnissen nicht zu lösen war.

Domanialvertrag 1919

Die zur umfassenden Lösung der Domanialfrage erforderliche grundsätzliche Änderung der Verhältnisse ergab sich am Ende des Ersten Weltkriegs mit der Revolution vom November 1918. Wie überall in Deutschland war auch in Lippe die Monarchie am Ende: Am 12. November hatte Leopold IV. für sich und sein Haus auf den Thron verzichtet.⁷³ Damit war allerdings nicht automatisch auch die Aufgabe der Ansprüche des

Leopold IV.
Fürst zur Lippe



Fürsten auf das Domanium verbunden. Leopold erhob diese Ansprüche denn auch sofort⁷⁴, als der Volks- und Soldatenrat das gesamte Domanium beschlagnahmte.⁷⁵ Eine eindeutige, von allen Beteiligten anerkannte Trennung von Staatsbesitz und fürstlichem Privatvermögen war in der Vergangenheit nicht zustande gekommen, und es gab auch keine juristischen Kriterien und Verfahrensweisen, die eine klare Unterscheidung ermöglicht hätten von privatrechtlich begründeten Ansprüchen des Fürsten an das Domanium einerseits und andererseits solchen Nutzungsrechten und Einkünften, die mit der Funktion des Fürsten als Throninhaber verbunden waren.

Unter diesen Umständen war mit einer Lösung des Problems auf dem Rechtswege nicht zu rechnen. Neben der gewaltsamen Lösung einer entschädigungslosen Enteignung blieb nur der Weg einer Vereinbarung. Kaum etwas mehr als ein Jahr dauerte es, bis ein solcher Vertrag zustande gekommen war, aber die Verhandlungen waren nicht eben reibungslos abgelaufen.

In meinem Erlaß vom 9. November habe ich
meinen und meines Hauses Vorzug auf den Thron
des Lippischen Landes bekräftigt und auf den besten
bestehenden Grundlagen genügende Bestätigung des
Lippischen Volkes überantwortet.

Für die Ausführung dieses in rascher Hand
gegebenen Beschlusses habe ich mein Fürstliches
Wort gegeben.

Nachdem mich mehrere des Vorstandes des Volkes
hatte gut erklären lassen, daß es einen Lippischen
Fürsten des Lippischen Volksbestätigung nicht ab-
warten wolle, sondern sofortigen Vorzug wolle,
sollte ich diesem für mich und mein Haus den
Thron.

Detmold, den 12. November 1918.

Leopold Fürst von Lippe

Freier Bismarck

Die im Grundsatz wohl unstrittige Zielvorstellung bestand in der Gewährleistung notwendiger Entwicklungsmöglichkeiten für das Land und der Sicherung angemessener Lebensverhältnisse für den ehemaligen Fürsten und seine Familie. Es bestanden allerdings unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Eine von Leopold ernannte Verhandlungskommission forderte zunächst eine hälftige, äußerstenfalls im Verhältnis 1:3 vorzunehmende Teilung. Dagegen stand die Forderung von Landtag und Regierung, den gesamten Grundbesitz des Domaniums dem Land zu übereignen und den Fürsten finanziell zu entschädigen – eine Forderung, die den Entwicklungsinteressen des Landes am ehesten entsprochen hätte.

Im Frühsommer 1919 war ein Verhandlungsergebnis zustande gekommen, das auf eine Teilung des gesamten Domanialvermögens im Verhältnis 1:8 hinausgelaufen wäre – wenn der Fürst es akzeptiert hätte. Vermutlich in der Absicht, aus dem Vertrag noch mehr für sich herauszuholen, als es seiner Kommission gelungen war, ließ er den Vertragsabschluß platzen. Der Fürst war nach Wyk auf Föhr gereist, und seine Berater hatten ihm dort den Vertragsentwurf zur Unterzeichnung vorgelegt.

Am 16. Juli 1919 unterschrieb Leopold zwar – allerdings unter dem Vorbehalt, daß seine Unterschrift nur für ihn selbst gelte, nicht für die Agnaten seines Hauses. Die Gegenseite – Regierung und Landtag – konnten das nicht akzeptieren. Ein Vertrag, der nur den gegenwärtigen Chef des Hauses Lippe band und nicht das Haus insgesamt, hätte bei jedem Wechsel an der Spitze der ehemals regierenden Dynastie neu verhandelt werden müssen. Außerdem wäre damit zu rechnen gewesen, daß die Agnaten gerichtlich gegen den Vertrag vorgehen würden.

Die Verhandlungskommission des Fürsten hatte Unterzeichnung und Vorbehalt sofort telegraphisch an das Landespräsidium gemeldet.⁷⁶ Durch ein Versehen des Telegrammboten – das Telegramm lag vom späten Nachmittag des 16. Juli bis um 10.40 Uhr des folgenden Tages im Briefkasten der Landesbank – verzögerte sich jedoch die Auslieferung in Detmold. Landespräsidium und Landtag reagierten dann aber prompt: Noch am selben Tag, dem 17. Juli 1919, wurde eine Vorlage des Landespräsidiums im Landtag mit nur einer Gegenstimme als Gesetz beschlossen, das ohne Umstände die Beschlagnahme des gesamten Domaniums durch den Volks- und Soldatenrat im November 1918

Statt N 076	Landespräsidium [89]	Sein Entgegenkommen für den Entwurf des Dominalvertrages wurde in der formalen Angelegenheit
Telegramm Nr. 113 1919 um 11 Uhr von durch	Telegraphie des Deutschen Reichs.  Amt Detmold Zeitung Nr. 121	Lipp. Landespräsidium 17. Juli 1919 Tgbch. Nr. 5025
Telegramm aus Wyk vom 16.7.1919, 18 Uhr 15 Min.		
untere Absatz hier einzuwickeln. Der Fürst hat seinen dem Vertragsentwurf durch beglaubigte Unterschrift in folgender Fassung zugestimmt: um den Landesrat und mich hier in dieser ersten Zeit zufriedenstellen zu erhalten stamme ich von mir vom Lippischen Landespräsidium vorerhaltenen Entwurf des Dominalvertrages durch meine		

Telegramm der Verhandlungskommission Leopolds IV. vom 16.7.1919 aus Wyk an das Landespräsidium

bestätigte und es zum Staatseigentum erklärte.⁷⁷ Damit verbunden war allerdings das Angebot zu weiteren Verhandlungen. Eine von der fürstlichen Beraterkommission ausgelöste Pressekampagne versuchte, in der Öffentlichkeit den Eindruck einer vollständigen und ungerechtfertigten Entrechtung des fürstlichen Hauses zu erwecken. Die Gegenseite hielt aber an ihrem Standpunkt fest: Eine endgültige Regelung mußte jetzt gefunden werden, und das war nur ohne Vorbehalte möglich. Diese unzweideutige Haltung verfehlte ihren Zweck nicht: Bereits fünf Tage später stimmte Leopold dem Vertragsentwurf vorbehaltlos zu.

Inzwischen hatte sich die Situation aber insofern verändert, als die Stadt Detmold Einwände u. a. gegen die im Entwurf vorgesehene Zuweisung des Palais und des Palaisgartens an den Fürsten erhoben hatte, weil dann das 7,5 ha große Gelände für die Entwicklung der Stadt verloren gewesen wäre. Nun lehnte aber der Fürst den Vertragsentwurf unter formalen Einwänden ab, woraufhin das Landespräsidium am 22. September 1919 die Ausführung des am 17. Juli beschlossenen Gesetzes ankündigte; die Einzelheiten sollten zwei Tage später mit der fürstlichen

Lippische Gesetz-Sammlung

Detmold, den 31. Dezember 1919.

Inhalt: Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums und der Lehen, vom 24. Dezember 1919. S. 1065. — Domanialvertrag. S. 1067. — Gesetz über die öffentlichen kinematographischen Schaustellungen, vom 24. Dezember 1919. S. 1088. — Verordnung, die Verpflegungssätze für die Kranken in der Heil- und Pflegeanstalt Lindenhauß betreffend, vom 23. Dezember 1919. S. 1090.

Nr. 77.

G e s e t z

über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Domaniums und der Lehen,
vom 24. Dezember 1919.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1.

Der zwischen dem Freistaat Lippe, vertreten durch das Landespräsidium, und dem vormalig regierenden Fürsten Leopold IV. zur Lippe am 31. Oktober 1919 abgeschlossene Domanialvertrag wird genehmigt. Der Vertrag ist nachstehend abgedruckt; er ist ein Bestandteil dieses Gesetzes.

§ 2.

Für die dem Fideikommiß des vormalig regierenden Fürstlichen Hauses (§ 3 des Domanialvertrages) zugeteilten Grundstücke und Gebäude des Domaniums werden die in steuerlicher Hinsicht bestehenden besonderen Bestimmungen mit Wirkung vom 1. Januar 1919 aufgehoben; für die in das Eigentum des Staates übergegangenen Liegenschaften bleiben sie bestehen.

§ 3.

Die Kontrolle über die Erhaltung des Fideikommisses des vormalig

Kommission besprochen werden. Als Antwort übersandte diese einen neuen Vertragsentwurf, der schließlich zur Grundlage des Domonialvertrags vom 31. Oktober 1919 wurde.⁷⁸

Der entscheidende Fortschritt gegenüber allen früheren Ergebnissen von Domonialverhandlungen ist in § 1 formuliert: »Der Fürst verzichtet ... für sich und sein Haus zugunsten des Freistaates Lippe auf alle aus Gesetzen, Verordnungen, Verträgen, Herkommen und Gebräuchen bezüglich des Domaniums fließenden Rechte ...« Die hiervon ausgenommenen Immobilien und Berechtigungen, die zum Fideikommißgut des ehemals regierenden fürstlichen Hauses zusammengefaßt wurden, sind in § 3 des Vertrags erschöpfend aufgezählt:

- »1. das ehemals fürstliche Residenzschloß in Detmold und Zubehörungen;
2. das Jagdschloß Lopshorn mit Nebengebäuden, Gestüt und Meierei sowie der eingegatterte Senneteil;
3. die Oberförsterei Berlebeck in der vereinbarten Abgrenzung;
4. eine Million Mark in bar;
5. die Stiftung und der Fürst Woldemar-Reservefonds;
6. die bei Übernahme der Regierung durch das Haus Biesterfeld (1897) vorhanden gewesenen Mobilien und Stücke unbeschadet der Bestimmung in § 8 und in der Anlage I Ziffer IV;
7. Teile des Hausschmuckes;
8. die Fürstengruft in der Kirche der reformierten Stadtgemeinde Detmold.«⁷⁹

Den weitaus größeren Teil mit einer Gesamtfläche von 18.678 Hektar erhielt das Land. Darin waren enthalten: »Die Oberförstereien Detmold, Hiddesen, Horn, Schieder, der Revierteil Schwalenberg der Oberförstereien Schieder und Falkenhagen sowie die Oberförstereien Sternberg und Langenholzhausen; Saline Salzuflen und die Bäder Salzuflen und Meinberg, 21 Domänen und Höfe; eine Anzahl von Dienst- und Mietgebäuden, die zum Teil schon früher dem Land zur unentgeltlichen Benutzung überwiesen waren; die von den Domänen im einzelnen verpachteten Grundstücke sowie die Domonialstreuparzellen; 11 Mühlen und die Ziegelei Bexten; Rentgefälle und Erbpachtgelder im Jahresbetrage von rund 160.000 Mark; der Erlös aus dem Lopshorner Gestüt.«⁸⁰

Erst die Revolution hat in Lippe die Voraussetzungen geschaffen, die eine endgültige Trennung von Staatsbesitz und Privatvermögen der fürstlichen Familie ermöglichten. Erst nach dem Ende der staatsrechtlichen Machtfunktion des Fürsten konnte frei und mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden. Der bei früheren Verhandlungen mehrfach unternommene Versuch, das Domanialvermögen nach verschiedenen Erwerbsrechten – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – aufzuteilen, war immer wieder gescheitert. Jetzt spielte dieser Unterschied keine Rolle mehr; die Zuweisung einzelner Teile des Domaniums an das fürstliche Fideikommißvermögen konnte nach Zweckmäßigkeit erfolgen.

Zwar wurde der Vertrag 1928 von Leopold angefochten, nachdem 1925 einzelne Fürsten Widerspruch gegen die 1918/19 geschaffenen Verhältnisse erhoben hatten und es daraufhin zu den Fürstenprozessen und 1926 zum Volksentscheid über die Fürstenenteignung gekommen war. Das Ergebnis des 1938 endgültig durch Schiedsspruch⁸¹ beendeten Streits war aber keine grundsätzliche Vertragsänderung, sondern lediglich ein 80 %iger Aufschlag auf den dem Fürsten zugestandenen Teil des Domanialvermögens; alle Ansprüche der Agnaten an das Land wurden abgewiesen.

Von besonderer Bedeutung für die späteren Verhandlungen zur Angliederung Lippes an eines der neuen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg sollte der in § 2 des Domanialvertrags vom 31. Oktober 1919 formulierte Vorbehalt sein: Bei »Änderung des staatsrechtlichen Bestandes des Freistaates Lippe [sollte] dieses Vermögen und seine Nutzung dem den jetzigen Freistaat Lippe umfassenden Gebiete allein erhalten« bleiben. Diese anscheinend genau auf die Situation Lippes im Jahre 1946 zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zugeschnittene Passage war allerdings vor dem Hintergrund einer staatsrechtlich unsicheren Zukunft des Reiches formuliert worden; die unitarischen Bestrebungen in den ersten Jahren der Weimarer Republik sind bekannt, und über eine Reichsreform ist lange – wenn auch letztlich erfolglos – verhandelt worden. Ihr Erfolg wäre mit großer Wahrscheinlichkeit das Ende der lippischen Selbständigkeit gewesen.⁸²